



ANDERS, Vorarlbergerisch ANDRSCH, Wahlkürzel ANDRS ist eine für alle Interessierte offene Bürgerliste. Jeder kann mitmachen, der Vorarlberg verbessern will.

Ganz besonders willkommen sind bei ANDERS Menschen, die wissen, dass es im Leben nicht immer rund geht und sich dennoch nicht unterkriegen lassen.

Wichtigste Themen von ANDERS sind (unabhängig von der Landtagswahl):

- Menschen eine Möglichkeit zu geben so zu leben, wie sie wollen.
- Keine staatliche Bevormundung.
- Keine weitere Erosion der Menschen-, Bürger-, Grund- und Freiheitsrechte
- Rückkehr zu einer liberalen, weltoffenen Gesellschaft.
- Umfassende Selbstbestimmung der Familie.
- Gleiche Löhne für gleiche Arbeit.
- Schutz von benachteiligte Personen.
- Einführung des Kindergrundsicherungsmodells der Volkshilfe
- Abschaffung der Armut.
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes.
- Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer für Reiche.
- Wiedereinführung der Erbschaftssteuer ab 1.000.000.
- Angemessene Besteuerung von Aktien- und Fondsgewinnen.
- Einführung und Förderung der Gesamtschule bis zum 14. Lebensjahr.
- Individuelle Förderung von Kindern nach ihren Begabungen und Interessen.
- Pädagogik der Freiheit, nicht der Angst.
- Kostenlose warme Mittagsmahlzeit für alle Schüler, deren Eltern dies nicht selbst bezahlen können.
- Unabhängige Aufarbeitung der COVID-19-Maßnahmen.
- Wiedereinführung des Volksabstimmungsrecht in Vorarlberg
- Wahlrecht für alle Personen, die in Österreich geboren sind.
- Ablehnung jeder Form der Korruption, des Faschismus, Totalitarismus, der Intoleranz, Unterprivilegierung und Ausländerfeindlichkeit.
- Offene und nachvollziehbare Kontrolle aller Handlungen der Regierung.
- Menschenwürdige Drogenpolitik.
- Einhaltung hoher Naturschutz- und Umweltschutzstandards.
- Ziel muss eine Gemeinwohlschaffende Wirtschaft (Gemeinwohl vor Profit) sein.
- Aktive und zielgerichtete Entwicklungshilfe die mindestens 2 % des Landesbudget umfasst.
- Gewaltfreie Erziehung in allen Lebenslagen.
- Eintreten für ein friedliches gemeinsames Europa als Friedensmacht.
- Fairness oberste Richtschnur für alle staatlichen Einrichtungen.
- Grundeinkommen für jede in Österreich legal lebende Person.
- Verbot der Hortung von Liegenschaften.
- Schaffung von ausreichend Wohnraum zu angemessenen Preisen.



- Die Infrastruktur in Vorarlberg ist auf alle Nutzer auszurichten.
- Verlängerung der Karenzzeit auf mindestens drei Jahre.
- Förderung eines breiten Kulturangebots für alle.
- Medizinische Behandlung für alle innert angemessener Frist.
- Sofortige Zulassung von weiteren Erwachsenenvertreter-Clearingstellen.
- Abwendung von der einseitigen Fokussierung und Schuldzuweisungen an Flüchtlinge und Migranten.
- Renaturierung aller Flächen.
- Aufnahme der Landesgrünzone in die Vorarlberger Landesverfassung.
- Generelles Verbot der Düngung von Riedflächen und von Alpgebieten.
- Aktive Unterstützung von Bauern bei der Abkehr von der Güllewirtschaft.
- Verbot der Verwendung von Breitbandherbiziden (wie zB Roundup).
- Versiegelten Flächen wie zB Parkplätze sind zu entsiegeln.
- Verpflichtung bei allen privaten und öffentlichen Gebäuden bei Neu- und Umbauten eine Photovoltaikanlage zu errichten.
- Verbot der ungenutzten Abgabe von Wärme über Wärmetauscher in die Umwelt.
- Verpflichtender Ausbau der Kreislaufwirtschaft auch für Unternehmen.
- Verpflichtende Teilnahme von Unternehmen an Ökoprot oder einem ähnlichen System.
- Öffentliche Räume gehören allen Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, dem Alter, der politischen, sozialen oder religiösen Einstellung etc.
- Keine Bevorzugung des motorisierten Verkehrs (Spielplatz statt Parkplatz).
- Die Überwachung öffentlicher Räume muss auf das notwendigste reduziert werden. Jede Aufzeichnung oder Weitergabe der Daten muss verboten sein.
- Alle Polizisten müssen in öffentlichen Räumen sich kennzeichnen und über ihre Person Auskunft geben. Es ist den städtischen Sicherheitswachen die Amtshandlung ohne das Tragen einer Uniform bei Strafe zu untersagt.
- Kostenlose Benützung aller öffentlichen Verkehrseinrichtungen durch Menschen, die es sich nicht leisten können.
- Sofortige Abschaffung der Bestrafung von „Schwarzfahrern“ mit unverhältnismäßigen Beträgen (130 Euro und mehr) und Ersatz durch eine angemessene „Bestrafung“ (maximal doppelter Fahrpreis).
- Weiterer Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und insbesondere auch Radwege (Verschränkte Verkehrskonzepte).
- Schaffung von ausreichenden Palliativeinrichtungen (z. B. Hospize).
- Überarbeitung und Modernisierung des Pflegekonzepts.
- Ausbau und Erhöhung aller Pflegeplätze in Vorarlberg mit dem Ziel, dass mindestens 20% an Pflegeplätze und -betten als andauernde Reserve zur Verfügung stehen.
- Leistungsgerechte Entlohnung der Mitarbeiter in der Pflege.



- Freiwillige Verpflichtung aller Politiker, zumindest 75% ihres Einkommens einer gemeinnützigen Organisation zur Verringerung der Armut zur Verfügung zu stellen.
- Bindung der Erhöhung der Politikergehälter und Parteienförderung an die Reduktion der Armut (Armutindex).
- Jeder Person in Österreich soll es ohne Diskriminierung freistehen, ob und inwieweit sie sich für eine geschlechtergerechte Sprache entscheidet, einsetzt oder dies ablehnt.
- Förderung einer nichtaggressiven und neutralen Sprache in der Politik (Cancel-Culture).
- Erleichterte Einbürgerung von Personen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen wollen.
- Jedes in Österreich geborene Kind soll automatisch die Möglichkeit erhalten, bis zum 21 Lebensjahre selbst zu entscheiden, ob es die Staatsbürgerschaft von Österreich annimmt oder nicht.
- Keine Herabsetzung der Strafmündigkeit.
- Wiedereinführung eines Jugendgerichtshofs und von speziellen Jugendgerichten an den Bezirksgerichten mit speziell ausgebildeten Richtern und Rechtspflegern.
- Sorge dafür, dass Artikel 40 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention auch tatsächlich in Vorarlberg auch von allen Behörden eingehalten wird (Verpflichtung bei straffällig gewordenen Kindern- und Jugendlichen besonders darauf zu achten, dass die Bestrafung einen erzieherischen und resozialisierenden Schwerpunkt hat).
- Es muss ein haftfreier Strafvollzug für alle Personen und 18 Jahren eingeführt werden, sofern nicht eine besondere Gefährlichkeit vom Gericht ausdrücklich festgestellt wurde. Dies in Verbindung mit einer Verstärkung des außergerichtlichen Tauschgleichs, insbesondere der Leistung von gemeinnütziger Arbeit in Sozialeinrichtungen.
- Alle Abschiebungen von gut integrierten Personen, insbesondere Kindern, müssen umgehend eingestellt werden.
- Manager von europäischen Unternehmen, die in Drittstaaten Kinderarbeit, Sklaverei, Folter, Unterstützung von Gewalt an der Zivilgesellschaft, Korruption, Verkauf von Waffen an Privatpersonen etc. fördern oder unterstützen oder durch ihr Nichthandeln zulassen, sind in Österreich strafrechtlich belangen und zu verurteilen. Dafür muss ein Klagerecht für NGOs eingeführt werden, die sich in diesen Bereichen engagieren.
- Alle Stellen in öffentlichen Einrichtungen oder Einrichtungen müssen ab einem Monatssalär netto von 2500 Euro von einer unabhängigen Personalkommission besetzt werden. Steht für eine Stelle eine Person über 40 Lebensjahre zur Verfügung, so ist die Stelle bei annähernd gleicher Qualifikation der Bewerber an diese zu vergeben. Stehen mehrere Personen über 40 Jahre im Bewerbungsprozess, so ist die Stelle, wenn eine annähernd gleiche Qualifikation besteht, an den ältesten Bewerber zu vergeben.



- Es ist in der Vorarlberger Landesverfassung aufzunehmen: „*Jedes Lebewesen hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als eine Rechtsperson zu betrachten*“ (siehe einschränkender § 16 ABGB) und jede Handlung der Regierung bzw. der Vorarlberger Behörden ist danach auszurichten, diese Rechte aller Lebewesen umfassend zu schützen.
- Unterstützung von Grenzgänger bei Problemen mit den Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern im Ausland.
- Wer es sich leisten kann, soll seine Aufwendungen auch selbst tragen und sich nicht vom Staat noch fördern lassen.
- Mindestlohn 2000 Euro netto.
- Herauslösung der Baurechtsagenden und Grundverkehrsagenden aus den Gemeinden / von den Bürgermeistern.
- Verhinderung jeder Form eines Sparpaketes, welches die Arbeitnehmer, Pensionisten und Familien trifft.
- Ausgaben für das Bundesheer zur Anschaffung neuen Kriegsmaterials sofort kürzen.
- Förderung des freien Wissens.